



Entwicklungspolitisches Netzwerk
Hessen

EPN Hessen · Vilbeler Straße 36 · 60313 Frankfurt am Main

Geschäftsstelle Nachhaltigkeitsstrategie

Renate Labonté

HMULV

Mainzer Straße 80

65189 Wiesbaden

Entwicklungspolitisches
Netzwerk Hessen e.V.

Vilbeler Straße 36
D-60313 Frankfurt am Main

Telefon +49 / (0) 69-91 39 51 70
Telefax +49 / (0) 69-29 51 04

Internet www.epn-hessen.de
eMail info@epn-hessen.de

Indikatorenwahl Nachhaltigkeitsstrategie: „R10: Öffentliche Entwicklungshilfe“

Frankfurt, 30. April 2009

Sehr geehrte Frau Labonté,

herzlichen Dank für die Zusendung der Unterlagen für die Sitzung des Strategischen Koordinierungskreises.

Leider bleibt bei der Aufstellung der Indikatoren der Bereich Entwicklung nahezu vollständig ausgespart. EPN Hessen hat schon früh darauf hingewiesen, dass Nachhaltigkeit nach offizieller Deutung Umwelt- wie Entwicklungsaspekte gleichermaßen berücksichtigen muss: Fragen internationaler Entwicklung und zivilgesellschaftlicher Entwicklungspartnerschaften sind originärer Bestandteil jedweder Aktivitäten für Nachhaltigkeit. Die inhaltliche Schieflage der Projekte der NHS findet nun in der Indikatorenaufstellung ihre Fortführung. In der bundesdeutschen NHS dagegen ist „Internationale Verantwortung“ eine von vier Leitlinien, Ausgaben für EZ einer der Zielindikatoren!

Ein einziger Indikator wird für den Bereich Entwicklung aufgestellt, der „*Reporting-Indikator R10 Öffentliche Entwicklungshilfe (nur Studienplatzkosten)*“. Dieser Indikator ist für die Ziele der NHS und als Kennzahl für Trends im Bereich Nachhaltigkeit jedoch bundesweit nicht akzeptiert und inhaltlich gänzlich ungeeignet. EPN Hessen fordert daher mit aller Dringlichkeit, diesen Indikator zu ändern.

Die sog. Studienplatzkosten sind Teil der von den Ländern an die Bundesregierung bzw. die OECD gemeldeten Ausgaben im Bereich Entwicklungszusammenarbeit (die sog. ODA Zahlungen – official development assistance). Diese Praxis wird nicht nur von Nichtregierungsorganisationen kritisiert:

1. Es handelt sich bei den Studienplatzkosten um keine tatsächlich geleisteten Zahlungen und damit auch um keine haushaltswirksamen Leistungen. Die Studienplatzkosten werten die EZ-Leistungen der Länder auf, ohne dass diese dafür etwas tun müssten.

2. Im Jahr 2006 lagen die vom Land Hessen gemeldeten ODA-Mittel bei beeindruckenden 62.237.000 Euro. 95% dieser Mittel (knapp 59 Mio. Euro) fallen allerdings auf die sog. Studienplatzkosten, Mittel also, die das Land Hessen gar nicht verausgabt. Allein der verbleibende Rest von knapp 3,4 Mio. Euro wird tatsächlich vom Land Hessen für Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung gestellt. Die sog. Studienplatzkosten werden so als rein buchhalterischer Platzhalter zur Aufwertung der eigenen EZ missbraucht.
3. Die Höhe der Pauschalen je Studierendem ist willkürlich festgesetzt. Die sog. Studienplatzkosten entbehren jedweder entwicklungspolitischen Wirkung. Auch das BMZ zweifelt offiziell an der Entwicklungsrelevanz von Studienplatzkosten. Die OECD selbst weist darauf hin, dass die kalkulatorischen Studienplatzkosten keine direkten positiven Wirkungen für die Bildungssektoren der Südländer hätten, die Länder sollten sich in der Darstellung ihrer Leistungen auf diejenigen ohne Studienplatzkosten beschränken.
4. Auf den Bereich zivilgesellschaftlicher entwicklungspolitischer Bildungsarbeit und weltweiter Entwicklungspartnerschaften hessischer Nichtregierungsorganisationen entfielen im Jahr 2006 263.000 Euro, eine im Vergleich zu ihrer Wirkung für internationale Entwicklung und Relevanz für bürgerschaftliches Engagement kärgliche Summe. Der aktuelle Etatentwurf der Landesregierung sieht vor, den Haushaltsansatz noch weiter auf 210.000 Euro zu kürzen - eine Summe, die operativ kaum mehr wahrnehmbar sein wird und mit der das Land Hessen jeden Gestaltungsspielraum in der Förderung hessischer Aktivitäten der Zivilgesellschaft aufzugeben droht.
5. EPN Hessen fordert mit seinen 80 hessischen Mitgliedsorganisationen - darunter Landeskirchen, Gemeinden, Hilfsorganisationen, Weltläden und Projektpartnerschaften - die Nachhaltigkeitskonferenz auf, einen Indikator zu definieren, der die Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements für nachhaltige Entwicklung hier und weltweit zu messen vermag. Wir schlagen vor, dafür die Entwicklung der Höhe der *Fördermittel für entwicklungspolitische Bildungs- und Projektzusammenarbeit* (2008: 260.000) zur Grundlage zu nehmen. Das Ziel sollte eine Verdopplung der Mittel im Jahr 2009 sein und folgend eine schrittweise Erhöhung um 10% pro Jahr bis 2020.
6. Nur mit einer deutlichen Erhöhung dieser Mittel kann das Land seinen Verpflichtungen im Rahmen der UN Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ und der Millennium Development Goals (MDG) nachkommen. Sie setzt damit die Ankündigungen des neuen Beschlusses der Ministerpräsidentenkonferenz zur Entwicklungspolitik der Länder um, fördert Integration und internationale Partnerschaften und stärkt die ausserschulische und schulische Bildungsarbeit.

Wir bitten Sie, unsere Argumente den Fachgruppen der Nachhaltigkeitsstrategie zugänglich zu machen.

Mit freundlichen Grüßen



Andreas van Baaijen
EPN Hessen